



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16199
Montag, 20. Dezember 2021

Hauptauszahlung 2021: AMA überweist 1,2 Mrd. Euro an bäuerliche Betriebe	1
Moosbrugger: Bäuerliche Leistungen zeitgerecht vor Weihnachten abgegolten	2
Bauernbund: 1,2 Mrd. Euro werden pünktlich an Bauernfamilien ausbezahlt	3
EU-Umweltrat: Österreich fordert strenge Regeln für neue Züchtungstechniken	4
Treibhausgasemissionen: Tönnies widerspricht der IATP-Studie	4
EU-Schlachtrindermarkt: Druck hat sich spürbar verringert	6
OÖ Landtag stimmte für Agrarbudget 2022	7
LK Vorarlberg fordert Fairness in der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette	7
2,8% Lohnerhöhung für Dienstnehmer in bäuerlichen Betrieben in NÖ	9
Ukraine kann 2021/22 etwa 50.000 t Zucker exportieren	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Hauptauszahlung 2021: AMA überweist 1,2 Mrd. Euro an bäuerliche Betriebe

Köstinger: Planungssicherheit und Stabilität für unsere Landwirte wichtig

Wien, 20. Dezember 2021 (aiz.info). - Heute, 20. Dezember, werden von der Agrarmarkt Austria (AMA) für das Antragsjahr 2021 die Direktzahlungen zu 100% angewiesen. Beim Österreichischen Agrarumweltprogramm (ÖPUL) und der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete kommt es zur Überweisung von 75% der voraussichtlichen Zahlungen. Zudem werden bei diesem Auszahlungstermin auch Nachberechnungen der Vorjahre berücksichtigt.

"Trotz Corona-Pandemie und trotz des Mehraufwandes der zahlreichen Unterstützungsmaßnahmen, die wir heuer über die AMA abgewickelt haben, können wir die Mittel aus der Gemeinsamen Agrarpolitik wieder fristgerecht überweisen. Mit 1,2 Mrd. Euro wird ein Großteil der Mittel frühzeitig ausbezahlt, damit schaffen wir Planungssicherheit und Stabilität für unsere Bäuerinnen und Bauern", stellt Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** fest. Die Agrarzahlungen seien auch "eine wichtige Stütze für die bäuerlichen Betriebe und notwendig, um international wettbewerbsfähig zu sein".

"Wir sind das einzige EU-Land, das noch im Antragsjahr die EU-Mittel ausbezahlen kann. Die AMA ist aber nicht nur schnell in der Abwicklung, sondern auch sehr genau. In der Europäischen Union haben wir bei den Agrarzahlungen die wenigsten Beanstandungen und werden dafür auch immer wieder vom EU-Rechnungshof gelobt. Dafür möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der AMA bedanken", so Köstinger.

Griesmayr: Auszahlung so unbürokratisch wie möglich und zeitgerecht abgewickelt

"Die AMA hat in einem Jahr, welches wieder durch die Pandemie geprägt war, die Arbeiten so unbürokratisch wie möglich und vor allem zeitgerecht abgewickelt. Mit über 1,2 Mrd. Euro wird der Großteil der Gelder für die erbrachten Leistungen im Rahmen der Antragstellung 2021 für das Umweltprogramm ÖPUL, die Ausgleichszulage und die Direktzahlungen noch vor Weihnachten überwiesen", unterstreicht **Günter Griesmayr**, Vorstandsvorsitzender der Agrarmarkt Austria.

Der österreichweite Auszahlungsbetrag für die Direktzahlungen beträgt rund 667,2 Mio. Euro, diese Mittel sind in einzelne Maßnahmen unterteilt. Das ÖPUL 2015 und die Ausgleichszulage basieren auf dem Programm der Entwicklung des ländlichen Raumes 2014 bis 2020. Um den Vorgaben der Europäischen Union zu entsprechen und dennoch eine Zahlung gewähren zu können, erfolgt für das Antragsjahr 2021, wie schon in den Vorjahren, eine Zahlung des voraussichtlich zu gewährenden Betrages in der Höhe von 75% an alle ÖPUL- und AZ-Antragsteller. Der Auszahlungsbetrag für das Umweltprogramm beträgt dabei rund 327,5 Mio. Euro, für die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten sind es 191,4 Mio. Euro. Die Restzahlung erfolgt voraussichtlich am 28. April 2022.

Informationen unter www.eama.at

Die AMA weist darauf hin, dass bereits ab 20. Dezember 2021 unter www.eama.at im Register "Kundendaten" der aktuelle Stand des AMA-Förderkontos eingesehen werden kann. Die Auszahlungsmitteilungen und -bescheide sind ab Mitte Jänner 2022 betriebsbezogen im Bereich "eArchiv" einsehbar. Im ÖPUL-Abrechnungsreport im Register "Flächen" kann von den Betrieben ab 10. Jänner 2022 einfach nachvollzogen werden, welche Daten im Detail für die Berechnung herangezogen wurden und aus welchen Prämien sich die Auszahlung zusammensetzt.

55,2 Mio. Euro für Projektförderung

Am 20. Dezember 2021 erhalten 2.250 Betriebe im Rahmen der "Ländlichen Entwicklung - Projektförderung" rund 55,2 Mio. Euro. Ein großer Teil davon betrifft die Maßnahme "Investition in die landwirtschaftliche Erzeugung" mit einer Auszahlungssumme von rund 9,7 Mio. Euro.

Bescheid- und Mitteilungsversand am 10. Jänner

Die Bescheide und Mitteilungen zu den Abrechnungen werden am 10. Jänner 2022 versandt. Darin wird einzelbetrieblich genau erläutert, wie sich die jeweiligen Auszahlungsbeträge konkret zusammensetzen und errechnen. Wesentlich ist, dass die Frist für allfällige Beschwerden gegen Bescheide oder Einsprüche gegen Mitteilungen mit der Zustellung zu laufen beginnt. Nähere Informationen zu den Auszahlungen können aus den einzelnen Merkblättern der AMA (insbesondere Prämienhöhen und Auflagen) entnommen werden. Diese sind unter www.ama.at abrufbar. Zusätzlich bietet die AMA unter 050 3151 99 eine Telefonhotline. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer stehen für Auskünfte zur Verfügung. (Schluss)

Moosbrugger: Bäuerliche Leistungen zeitgerecht vor Weihnachten abgegolten

Unverzichtbar für flächendeckende Bewirtschaftung, Versorgungssicherheit und Umweltschutz

Wien, 20. Dezember 2021(aiz.info). - Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** betont zur heutigen Hauptauszahlung der EU-Direktzahlungen, der Mittel aus dem Österreichischen Agrarumweltprogramm (ÖPUL) und der Ausgleichszulage für Berg- und benachteiligte Gebiete (AZ) für das Antragsjahr 2021: "Auch heuer ist es Agrarmarkt Austria (AMA) und den Kammern wieder gelungen, dass 1,2 Mrd. Euro pünktlich an unsere bäuerlichen Familienbetriebe - für bereits erbrachte Leistungen im Sinne der heimischen Versorgungssicherheit und des Umwelt- und Landschaftsschutzes - überwiesen werden. Wichtig ist, dass die Auszahlungen somit noch rechtzeitig vor Weihnachten auf den Höfen ankommen."

"Diese Mittel sind unverzichtbar, damit Österreichs Landwirtschaft seine Vorreiterrolle im Agrarumweltbereich weiterführen kann und Bewirtschaftung nicht nur in Gunstlagen stattfindet. Es ist kein Zufall, dass wir auch zum Nachhaltigkeits- und Bio-Weltmeister gekürt wurden. Die Ausgleichszulage ist enorm wichtig, um eine flächendeckende Bewirtschaftung auch in Berg- und benachteiligten Gebieten aufrecht erhalten zu können. Die regionale und hochqualitative

Lebensmittelvielfalt in Kombination mit einer nachhaltig gepflegten Landschaft ist ein unmittelbares Ergebnis davon. Die Mittel sind eine Abgeltung für Leistungen, die von den Märkten leider nicht bezahlt werden", unterstreicht der LKÖ-Präsident.

"Der Dank geht in diesem Zusammenhang auch an die AMA sowie die Bezirksbauern- und Landeskammern, welche die Abwicklung übernehmen und enorm effizient arbeiten. Die ausbezahlten Mittel sind gerade in Zeiten der Pandemie und der enormen Kostensteigerungen von unverzichtbarer Bedeutung für die Stabilität der bäuerlichen Betriebe. Österreich liegt bei den Auszahlungsterminen im internationalen Vergleich immer an der Spitze", betont Moosbrugger.

100% der EU-Direktzahlungen werden heute ausbezahlt. Mehr als 87.000 Betriebe bekommen gleichzeitig auch Mittel für Umweltleistungen im Rahmen des ÖPUL überwiesen. Für das Antragsjahr 2021 werden vorerst 75% der Agrarumwelt-Mittel und der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete ausbezahlt. Die Restzahlung erfolgt voraussichtlich am 28. April 2022. (Schluss) - APA OTS 2021-12-21/14:58

Bauernbund: 1,2 Mrd. Euro werden pünktlich an Bauernfamilien ausbezahlt

Strasser: GAP-Gelder sind in Zeiten der Pandemie essenzielle Einkommensstütze

Wien, 20. Dezember 2021 (aiz.info). - Mit der heutigen Hauptauszahlung der EU-Direktzahlungen, der Gelder aus dem Österreichischen Agrarumweltprogramm (ÖPUL) und der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (AZ) für das Antragsjahr 2021 überweist die Agrarmarkt Austria (AMA) pünktlich rund 1,2 Mrd. Euro an die Bäuerinnen und Bauern. "Hinter unseren Bauernfamilien liegt ein von der Pandemie gezeichnetes, anspruchsvolles Jahr. Gerade jetzt ist es wichtig, dass die Agrarzahlungen pünktlich und verlässlich bei den Empfängern ankommen. Nur mit einer effizienten Agrarverwaltung in Österreich ist es möglich, die Gelder noch vor Weihnachten an die Bäuerinnen und Bauern zu überweisen. Eine einfache und unbürokratische Abwicklung stärkt das Vertrauen und zeigt, dass eine konsequente Agrarpolitik für unsere Familienbetriebe Früchte trägt", betont Bauernbund-Präsident **Georg Strasser**.

"100% der EU-Direktzahlungen werden heute ausgezahlt. Diese Mittel sind ein unverzichtbarer und notwendiger Bestandteil des bäuerlichen Jahreseinkommens. Unabhängig von der aktuellen Marktlage können unsere Familienbetriebe mit den EU-Direktzahlungen rechnen", so Strasser. "Mit dem österreichischen Weg einer ökosozialen Agrarpolitik sind wir seit Jahrzehnten Vorbild für die EU. Auch Mittel für die Umweltleistungen im Rahmen des Agrarumweltprogramms (ÖPUL) werden heute an mehr als 87.000 Betriebe überwiesen. Damit können wir weiterhin eine umweltgerechte und flächendeckende Bewirtschaftung unserer Kulturlandschaft auf mehr als 1,8 Mio. ha gewährleisten", so Strasser. Für das Antragsjahr 2021 werden zunächst 75% der Leistungsabgeltung des Agrarumweltprogramms sowie die Ausgleichszulage für die Bergbauern ausbezahlt. Die Restzahlung erfolgt voraussichtlich am 28. April 2022. (Schluss) - APA OTS 2021-12-20/12:53

EU-Umweltrat: Österreich fordert strenge Regeln für neue Züchtungstechniken

Umfassende Kennzeichnungsvorschriften für Wahlfreiheit der Käufer

Brüssel, 20. Dezember 2021 (aiz.info). - Frühe Akzente für die Neuregelung von neuen genomischen Züchtungstechniken (CRISPR/Cas) setzt Österreich im Umweltrat in Brüssel. Es müsse das in der EU anerkannte Vorsorgeprinzip gelten, forderte Umweltministerin **Leonore Gewessler**. Bevor die EU-Kommission einen Vorschlag für die Regelung der "neuen Gentechnik" vorlege, sei eine umfassende Risikoabschätzung notwendig, erklärte Gewessler. Auch nach einer Neuregelung müsse der Käufer die Wahlfreiheit behalten. Deshalb sollten Erzeugnisse, die mithilfe der Genschere erzeugt wurden, klar gekennzeichnet werden. Österreich hatte den Punkt auf die Tagesordnung unter "Sonstiges" gesetzt und wurde von Ungarn, Zypern und Luxemburg unterstützt.

Die neue deutsche Bundesregierung lege großen Wert auf das Vorsorgeprinzip und auf die Wahlfreiheit der Verbraucher, betonte die Umweltministerin aus Deutschland, **Steffi Lemke**. Deutschland habe sich den Österreichern aber nicht angeschlossen, da es im Koalitionsvertrag keine Aussage über eine Neuregelung von neuen genomischen Züchtungstechniken gebe. Sie habe die Position von Österreich aber mit Interesse zur Kenntnis genommen, so Lemke.

Die EU-Kommission kündigte für das Ende des kommenden Jahres einen Vorschlag für die neuen Züchtungstechniken an. Den Kritikern der "neuen Gentechnik" beteuert EU-Gesundheitskommissarin **Stella Kyriakides**, die EU-Kommission werde keine Kompromisse bei der Sicherheit der neuen Methoden machen. Von einer "Deregulierung" möchte sie deshalb nicht sprechen, wenn die "neue Gentechnik" aus den bestehenden EU-Gentechnikverordnungen herausgenommen werden soll. Die EU-Kommission setzt vor allem auf neue, resistente Sorten, die eine Verminderung von Pflanzenschutzmitteln ermöglichen. (Schluss) mö

Treibhausgasemissionen: Tönnies widerspricht der IATP-Studie

Geschätzte Zahlen entsprechen nicht der Realität - Gesamtzusammenhang fehlt

Berlin, 20. Dezember 2021 (aiz.info). - Die deutsche Tönnies Unternehmensgruppe widerspricht der letzte Woche veröffentlichten Studie des Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP). Diese besagt, dass die Emissionen der 20 größten europäischen Fleisch- und Molkereikonzerne den gesamten Treibhausgasausstoß von Ländern wie den Niederlanden und Dänemark übertreffen. "Die Studie basiert lediglich auf Schätzungen, die jedoch nicht der Realität entsprechen", bemängelt **Gereon Schulze Althoff**, Leiter Qualitätsmanagement und Nachhaltigkeit bei Tönnies, laut Dow Jones News. Wie berichtet, hat die Studie auch in Österreich zu heftiger Kritik von Agrarpolitikern geführt.

Emissionen nicht gestiegen, sondern gesunken

Die Tönnies-Gruppe führt den mit Abstand größten Schweineschlachtbetrieb in Deutschland und wurde daher in die genannte Studie einbezogen. Entgegen den Aussagen der IATP-Autoren seien die Emissionen bei Tönnies allerdings im angegebenen Zeitraum nicht gestiegen, sondern durch Skaleneffekte im Rahmen von Standortübernahmen und Fusionen reduziert worden, stellt das Unternehmen klar. Seit mehreren Jahren veröffentliche der Konzern systematisch in Anlehnung an die Methode der Global Reporting Initiative seine Nachhaltigkeitsarbeit. 2020 sei noch eine Zehn-Jahres-Planung für Nachhaltigkeitsziele hinzugekommen.

Konkret werde in der Studie davon ausgegangen, dass allein bei Tönnies die Emissionen von 2016 bis 2018 um 30% gestiegen seien. Dabei hätten die Studienmacher den Ausstoß jedoch nicht wissenschaftlich belegt oder berechnet, sondern auf Basis der Schlachtzahlen geschätzt. Tönnies habe beispielsweise 2017 ein Unternehmen mit sechs Standorten übernommen und sei im Betrachtungszeitraum von 2016 bis 2018 dynamisch gewachsen. Das Wachstum und die Übernahme von Standorten haben jedoch in Summe nicht zu einer Steigerung von Emissionen geführt, wie Tönnies betont. Vielmehr seien bereits unter anderen Firmierungen bestehende Emissionen zurückgeführt worden.

Landwirtschaft ohne Nutztierhaltung kann nicht das Ziel sein

In dieser Kalkulation sieht Tönnies auch die grundsätzliche Schwäche der IATP- Studie. Fleischunternehmen seien Versorgungsinfrastrukturen zwischen Landwirtschaft und Verbraucher. Die indirekten Emissionen auf landwirtschaftlichen Betrieben fielen unabhängig davon an, wo die Tiere geschlachtet und verarbeitet würden. Eine Landwirtschaft ohne Nutztierhaltung könne jedoch niemand seriös als Ziel erachten, stellt das Unternehmen fest.

Ohne Nutztierhaltung müsste man noch mehr (erdölbasierten) Dünger herstellen, um Pflanzen für die Ernährung anzubauen, und ohne Nutztiere gebe es keine sinnvolle Verwendung von Nebenerzeugnissen der pflanzlichen Lebensmittelproduktion, hieß es weiter. Ein Vergleich von Erdöl und Lebensmitteln ergibt daher für Tönnies keinen Sinn. Während fossiles Öl grundsätzlich durch erneuerbare Energie ersetzt werden könne, sei die Lebensmittelerzeugung nicht zu ersetzen und müsse systemisch in ihren Gesamtzusammenhängen betrachtet werden, unterstreicht das Unternehmen.

Österreichs Landwirtschaft nicht mit europäischer Agrarindustrie vergleichbar

Auch in Österreich war die IATP-Studie auf heftige Kritik gestoßen. "Dieser Bericht zeigt ein undifferenziertes, verzerrtes Bild der Klimaauswirkungen durch die Landwirtschaft. Die kleinstrukturierten bäuerlichen Betriebe in unserem Land und die heimische Lebensmittelverarbeitung sind mit der in dieser Studie beschriebenen Agrarindustrie nicht vergleichbar", betonte Bundesministerin Elisabeth Köstinger.

"Die Studie und die daraus abgeleiteten Forderungen gehen an der Realität der heimischen Landwirtschaft völlig vorbei", stellte die LK Österreich fest. Von den in dieser Arbeit genannten großen Fleisch- und Milchkonzernen stamme kein einziger aus Österreich. "Laut Umweltbundesamt kommen nur 10% der österreichischen Treibhausgasemissionen aus dem Agrarsektor, 90% stammen aus anderen Sektoren. Die Treibhausgase in der heimischen Landwirtschaft sind seit 1990 um 14% gesunken, während sie im Verkehr massiv gestiegen sind", gibt die LK Österreich zu bedenken.

Aufgabe der Rinderhaltung ist keine Lösung, sondern ein Problem

Kühe seien keine "Klimakiller", sondern Landschaftspfleger. Durch die Rinderhaltung werde Gras, das beim Wachstum der Atmosphäre viel CO₂ entzieht, zu hochwertigen Lebensmitteln veredelt. Auch die heimischen Milchverarbeiter setzten verstärkt auf Klimaschutz, mittlerweile gebe es hierzulande bereits die ersten klimaneutralen Molkereien. "Mit der Aufgabe der Rinderhaltung in Österreich, wie sie von manchen gefordert wird, kann das Problem des Klimawandels nicht gelöst werden. Sie hätte aber zur Folge, dass der Produktionsausfall von Drittstaaten wie Brasilien übernommen würde. Dies wäre jedoch weitaus klimaschädlicher, da in diesen Ländern der Treibhausgasausstoß deutlich höher ist", warnt die Landwirtschaftskammer. Der CO₂-Fußabdruck von 1 kg Rindfleisch aus Österreich liege bei 17 kg, bei Fleisch aus Brasilien seien es 80 kg CO₂.

"Die Landwirtschaft verursacht nur einen geringen Teil der Treibhausgasemissionen. Sie zählt aber gleichzeitig zu den Hauptbetroffenen des Klimawandels und hat daher auch aus diesem Grund ein großes Interesse an klimafreundlicher, nachhaltiger Bewirtschaftung", stellt die LK Österreich klar. (Schluss) kam

EU-Schlachtrindermarkt: Druck hat sich spürbar verringert

Österreich: Qualitätsstiere vom Handel weiterhin rege nachgefragt

Wien, 20. Dezember 2021 (aiz.info). - Die Lage auf den europäischen Rindfleischmärkten ist weitgehend unverändert. In Deutschland pendelt das Angebot nach den höheren Mengen in den vergangenen Wochen wieder zurück. Der Druck auf die Märkte hat sich wesentlich abgeschwächt, die angemeldeten Schlachtrinder lassen sich problemlos absetzen. Es wird in allen Kategorien von überwiegend stabilen Preisen ausgegangen.

In Österreich ist die Nachfrage des Lebensmitteleinzelhandels nach Jungstieren aus Qualitätsprogrammen weiterhin sehr rege, berichtet die Rinderbörse. Die Öffnungsschritte in der Gastronomie brachten auch eine leichte Nachfragebelebung im Gastrogroßhandel. Die weitere Marktentwicklung nach den Feiertagen wird wesentlich vom Bedarf der Gastronomie beziehungsweise von den Rahmenbedingungen im Wintertourismus beeinflusst sein.

Die Preise für Jungstiere und Kalbinnen sind stabil. Bei Schlachtkühen wird von leicht höheren Angebotsmengen vor den Feiertagen berichtet. Die Exportnachfrage ist aufgrund des europaweit schwierigen Marktumfelds (bevorstehende Teil-Lockdowns in wichtigen Exportländern wie Spanien und den Niederlanden) derzeit gedämpft. Die Notierungen für Schlachtkühe geben nochmals leicht nach. Eine verzögerte Schlachtkuhvermarktung ist laut Experten zu empfehlen, da üblicherweise ab Mitte Jänner die Nachfrage auch im Export wieder ansteigt. Bei den Schlachtkälbern sind die Vermarktungsschwerpunkte für die Feiertage weitgehend abgeschlossen. Die Preise sind unverändert.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 mit einem unveränderten Preis von 4,10 Euro je kg Schlachtgewicht. Für Kalbinnen werden 3,52 Euro/kg gezahlt und für Schlachtkälber weiterhin 6,55 Euro. Die Notierungen für Schlachtkühe sind ausgesetzt. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

OÖ Landtag stimmte für Agrarbudget 2022

Langer-Weninger: Landwirtschaft steht unter Druck

Linz, 20. Dezember 2021 (aiz.info). - Das Land Oberösterreich hat für das Jahr 2022 ein Budget von 85,7 Mio. Euro für die Land- und Forstwirtschaft beschlossen. Agrar-Landesrätin **Michaela Langer-Weninger** betonte: "Die Landwirtschaft steht seit Jahren unter Druck. Ein angemessenes Einkommen zu erzielen, forderte von den Bäuerinnen und Bauern stets wirtschaftliches Geschick und Managementfähigkeiten, doch selten war es schwieriger die Aktiva über den Passiva zu halten als in diesen Monaten. Die Betriebsmittelpreise explodieren förmlich, bei den Erzeugerpreisen tut sich dagegen mit Ausnahme der Marktfruchtpreise wenig bis gar nichts. Unterm Strich bedeutet das für die heimischen Betriebe: weniger Einkommen, Zukunftsängste und Druck in Richtung Betriebsvergrößerung." Mit dem im OÖ Landtag beschlossenen Agrarbudget sei ein stabiler Anker für die gebeutelten Betriebe gesetzt worden. "Wir geben ihnen Stabilität, doch was es nun wirklich braucht sind faire Produktpreise, die die Leistung der Landwirtschaft und im Besonderen die hohe Produktqualität abbilden. Darüber hinaus braucht es auch faire Wirtschaftspartner, die Zugewinne in der Wertschöpfung an die Urproduzenten, also die Bauern, weitergeben", verdeutlichte die Landesrätin.

Ein großer Teil der Finanzmittel fließt in zentrale Programme und EU-Förderungen, beispielsweise in das Umweltprogramm ÖPUL, die Ausgleichszulage für Bergbauern oder die Investitionsförderung. "Auch in die Zukunft der Wälder und in einen klimafitten Waldbestand werden beachtliche Summen investiert. Zusätzlich setzen wir mit den Tier- und Dürreversicherungen sowie der Agrarforschung bewusste Schwerpunkte", führte Langer-Weninger aus. Ziel sei es, den erstklassigen Lebensmittelstandort Oberösterreich auszubauen: "Das bringt Sicherheit und Beständigkeit für den ländlichen Raum und die begleitende Wirtschaft."

Auch in der öffentlichen Beschaffung will man seitens des Landes Maßstäbe setzen. Bereits jetzt stammen 60% der verwendeten Produkte aus der heimischen Landwirtschaft, wird betont. Bis 2025 ist die Zielvorgabe, den Regionalitätsanteil auf 70% und den Bio-Anteil auf 30% zu erhöhen. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist die Auslobung der Lebensmittelherkunft. "Bei jeder der 1,28 Mio. jährlich ausgegebenen Mahlzeiten ist der Ursprung der Zutaten nachvollziehbar. So sollte es auch im Supermarkt oder in der Gastronomie sein, schließlich wollen die Konsumenten wissen, woher ihre Lebensmittel kommen und wie sie produziert wurden", so Langer-Weninger. (Schluss)

LK Vorarlberg fordert Fairness in der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette

Moosbrugger: Aktuelle Entwicklung ist beschämend

Bregenz, 20. Dezember 2021 (aiz.info). - In der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) Vorarlberg waren neben der Wertschöpfung die Waldstrategie 2030+ sowie das TBC-Infektionsgeschehen bei Wildtieren die zentralen Themen. Wie aus einer aktuellen Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) hervorgeht, ist der Anteil der Landwirtschaft an der Wertschöpfungskette Agrargüter, Lebensmittel und Getränke von 20,2% im Jahr 2005 auf 17,5% im Jahr 2019 gesunken. Im Gegensatz zu den Steigerungen in allen anderen Gliedern dieser Wertschöpfungskette - der Lebensmittelverarbeitung (+35%), dem Einzelhandel (+44%) und in der

Gastronomie (beinahe +50%) - stieg die Wertschöpfung in der Landwirtschaft in diesen 15 Jahren nominell um nur 10% und lag damit weit unter den Preisentwicklungen.

"Diese Entwicklung ist beschämend. Zu einer fairen Partnerschaft gehört es, dass die Wertschöpfungsanteile auch fair verteilt werden. Trotz höherer Leistungen der Landwirtschaft sank das volkswirtschaftliche Gewicht in den vergangenen Jahren. Dem gilt es gegenzusteuern und geeignete Maßnahmen zu setzen. Auch die Erwartungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft hinsichtlich Tierwohl und Produktion steigen. Gleichzeitig wird aber anonym und billig eingekauft. Diese Entwicklung setzt der Landwirtschaft tödliche Daumenschrauben an", betonte LK Vorarlberg-Präsident **Josef Moosbrugger**. "Österreichs Bäuerinnen und Bauern sind offen für die Anforderungen und Erwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten, wenn diese auch bereit sind, den dafür notwendigen Produktpreis zu bezahlen und der Handel diesen Mehrpreis auch ehrlich weitergibt."

Unterstützung für die landwirtschaftlichen Betriebe gibt es mit dem Regierungsbeschluss "Regionalität in aller Munde!" vom März 2020 und der landeseigenen Initiative "Vorarlberg am Teller". Sie zielen beide darauf ab, den Einsatz regionaler Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen, Landes(nahen) Küchen, Schulen, Kindergärten, Pflegeheimen und Krankenhäusern zu erhöhen. "Eine Verpflichtung für alle öffentlichen Einrichtungen daran teilzunehmen, wäre wünschenswert und würde zeigen, dass die beiden Initiativen ernst genommen und auch konsequent umgesetzt werden", so Moosbrugger.

Bewirtschaftete Wälder als Teil des Klimaschutzes

In der vom Vorarlberger Landtag einstimmig beschlossenen Waldstrategie 2030+ wird das hohe öffentliche Interesse an der Bereitstellung von Holz durch nachhaltige Waldbewirtschaftung klargestellt. Die Europäische Union sei aufgerufen, diese wichtige Zukunftsfunktion nachhaltig bewirtschafteter Wälder entsprechend ihrer Bedeutung für die Klimazukunft anzuerkennen und in ihrer Waldstrategie zu bekräftigen. "Es steht auch die Aufrechterhaltung der Schutzfunktion unserer Wälder im Hinblick auf immer häufiger werdende Wetterextreme im Fokus. Vorarlberg ist zu gut 40% bewaldet, beinahe 80% davon sind Schutzwald. Nur ein gepflegter Wald kann die Schutzfunktion dauerhaft gewährleisten, dem stehen Ideen wie dauerhafte Außer-Nutzung-Stellungen diametral entgegen", so Moosbrugger zur aktuellen Diskussion.

TBC-Infektionsherde in Wildtierbeständen

Die Entwicklungen des TBC-Infektionsgeschehens bei Rotwild sowie eine unzureichende Abschussplanerfüllung insbesondere in der Hegegemeinschaft 2.1 Hinteres Silbertal bezeichnete Moosbrugger als "besorgniserregend". "Dieser seit Jahren andauernde Zustand ist für die Tierhalter sowie die Alpwirtschaft und jene Jagdnutzungsberechtigten, die in den umliegenden Revieren umsichtig vorgehen, untragbar. Rinder werden diagnostisch getötet, Tierbestände gekeult, damit die Betriebe seuchenfrei sind, und gleichzeitig holen wir uns die Infektion immer wieder über die infizierten Rotwildbestände in unsere Ställe. Wir fordern die Jagdverfügungsberechtigten, die verantwortlichen Jagdnutzungsberechtigten sowie die zuständigen Behörden auf, die Einhaltung der vorgegebenen Maßnahmen und Abschüsse sicherzustellen und erwarten, dass die Behörde die bereits mehrfach angedrohten Konsequenzen bei Nichteinhaltung auch vollzieht", stellte Moosbrugger klar. (Schluss)

2,8% Lohnerhöhung für Dienstnehmer in bäuerlichen Betrieben in NÖ

Landarbeiter- und Landwirtschaftskammer schlossen Kompromiss

St. Pölten, 20. Dezember 2021 (aiz.info). - Die NÖ Landarbeiterkammer (LAK) und die NÖ Landwirtschaftskammer (LK) einigten sich in der zweiten Runde der Kollektivvertragsverhandlungen für Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer in bäuerlichen Betrieben in Niederösterreich auf eine Lohnerhöhung von 2,8% ab 1. Jänner 2022. "Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Arbeitskräfte in bäuerlichen Betrieben in Niederösterreich und damit auch die Bedeutung des Kollektivvertrages. Umso mehr freuen wir uns, dass beide Seiten aufeinander zugegangen sind und wir einen fairen Abschluss für Tausende unserer Mitglieder erzielen konnten", erklärte NÖ LAK-Präsident **Andreas Freistetter**.

Nachdem 2020 der Mindestlohn von 1.500 Euro realisiert werden konnte, stieg die niedrigste Lohnkategorie der Erntearbeiterinnen und -arbeiter seitdem auf nunmehr 1.564,98 Euro an. "In den letzten drei Jahren konnten wir für die niedrigste Einkommensgruppe eine Lohnerhöhung von über 14% erreichen. Damit bringen wir auch jenen Beschäftigten die nötige Wertschätzung entgegen, die bei der Ernte auf den Feldern und in den Produktionsstätten eine entscheidende Rolle für unsere regionale Lebensmittelproduktion einnehmen", so Freistetter.

KV-Abschluss für bis zu 20.000 Dienstnehmer

Im Kollektivvertrag für bäuerliche Dienstnehmer in Niederösterreich sind die Arbeitsverhältnisse und Löhne sämtlicher Arbeitnehmer geregelt, dazu zählen nicht nur die klassischen Ernte- und Saisonarbeiter, sondern auch Traktorführer und kaufmännische Angestellte. Insgesamt waren im ablaufenden Jahr 2021 zirka 20.000 Dienstnehmer in bäuerlichen Betrieben in Niederösterreich beschäftigt. "Die Bandbreite reicht dabei von Tagelöhnern, die nur einzelne Tage tätig sind, bis zu gut ausgebildeten Fachkräften, die das ganze Jahr über beschäftigt werden", betonte Freistetter. (Schluss)

Ukraine kann 2021/22 etwa 50.000 t Zucker exportieren

Zuckerausbeute deutlich über dem Vorjahr

Kiew, 20. Dezember 2021 (aiz.info). - In der Ukraine dürften im laufenden Wirtschaftsjahr (September 2021 bis August 2022) etwa 1,45 Mio. t Weißzucker erzeugt werden, berichtet das nationale Agrarinformationsportal latifundist.com unter Berufung auf ein brancheneigenes Fachzentrum. Aufgrund der höheren durchschnittlichen Zuckerausbeute wären das um 23,5% mehr im Vergleich zur Saison davor. Der Produktionszuwachs habe bereits zur Stabilisierung der Zucker-Einzelhandelspreise beigetragen, die im vergangenen Wirtschaftsjahr wegen der umfangreichen Exporte (zirka 71.000 t) und des höheren Importbedarfs an Rohzucker deutlich nach oben gegangen seien, geht aus dem Bericht der Einrichtung hervor. Nach deren Prognose sollten 2021/22 die Exporte von Zucker bei etwa 50.000 t liegen. In den ersten drei Monaten der aktuellen Saison beliefen sich die Ausfuhren schon auf rund 21.000 t. Gut 5.700 t davon hat Israel sowie 4.100 t Armenien, 2.300 t Spanien, 2.200 t Aserbaidschan und 1.700 t Rumänien bezogen. (Schluss) pom